

Protokollauszug

aus der
30. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
vom 29.11.2022

öffentlich

Top 5.10 Initiative des Bundespräsidenten unterstützen ? Wohnungslosigkeit verhindern
22/SVV/0824
geändert beschlossen

Frau Dr. Zalfen bringt folgende **neue Fassung des Antrages** ein:

Um Menschen in Potsdam vor drohender oder bereits existierender Wohnungslosigkeit zu bewahren, wird der Oberbürgermeister gebeten, eine Fortschreibung des aus dem Jahr 2013 stammenden Wohnungsnotfallhilfekonzeptes zu veranlassen und dabei zu prüfen, inwieweit das Konzept „Housing First“ dabei integriert und umgesetzt werden kann. Das neue Wohnungsnotfallhilfekonzept soll bis Oktober 2023 vorliegen.

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) bittet um Verlängerung der Frist für die Vorlage des Konzeptes bis März 2024.

Es erfolgt eine kurze Verständigung zur neuen Fassung der Drucksache.

Frau Dr. Zalfen übernimmt die von Herrn Jekel vorgeschlagene Terminänderung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die so geänderte neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Um Menschen in Potsdam vor drohender oder bereits existierender Wohnungslosigkeit zu bewahren, wird der Oberbürgermeister gebeten, eine Fortschreibung des aus dem Jahr 2013 stammenden Wohnungsnotfallhilfekonzeptes zu veranlassen und dabei zu prüfen, inwieweit das Konzept „Housing First“ dabei integriert und umgesetzt werden kann. Das neue Wohnungsnotfallhilfekonzept soll bis März 2024 vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 5 Zustimmungen und 2 Stimmenthaltungen **angenommen.**